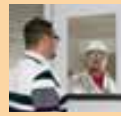


# Solidarität



**Interview:** Sozialminister Rudolf Hundstorfer über Soziales Jahr und Jugendbeschäftigung. **Seite 4**



**Stahlstiftung:** Unterstützung bei der Jobsuche – bereits seit 25 Jahren. **Seite 7**

**Kommentar:** ÖGJ-Vorsitzender Jürgen Michlmayr über Jugendarbeitslosigkeit in Europa. **Seite 12**



## Harter Job auf unseren Straßen

**Seite 5**

[www.oegb.at](http://www.oegb.at)



**DIE NEUEN VIER:**  
INFO, SERVICE, UNTERSTÜTZUNG, BILDUNG

Sie suchen Infos zur Mitgliedschaft oder zu aktuellen ÖGB-Themen? Das und noch viel mehr gibt es online auf den vier Websites des ÖGB. Bestellen Sie unseren Newsletter!

[www.oegb.at](http://www.oegb.at)  
[www.mitgliederservice.at](http://www.mitgliederservice.at)  
[www.betriebsraete.at](http://www.betriebsraete.at)  
[www.voegb.at](http://www.voegb.at)

editorial



NANI KAUER

2012 viel erreicht

Ein weiterhin von der Wirtschaftskrise geprägtes Jahr geht zu Ende. Trotz Krise haben der ÖGB und die Gewerkschaften Erfolge erreichen können. Die Lohn- und Gehaltsverhandlungen wurden in vielen Branchen erfolgreich abgeschlossen, mit deutlichen Zuwächsen für die Beschäftigten. Kleiner Fehler: Von den Erhöhungen, die Gewerkschaften durchgesetzt haben, bleibt den Menschen netto zu wenig übrig. Die Forderung des ÖGB nach einer Steuerreform, die Arbeitseinkommen entlastet, bleibt daher aufrecht.

ÖGB und Gewerkschaften haben eine Verbesserung für ZeitarbeiterInnen erreicht: Das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz bringt ab 2013 Zugang zu Weiterbildung sowie betrieblichen Sozialleistungen, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und mehr. Das hilft allen. Denn es unterbindet, dass ZeitarbeiterInnen und Stammbesetzungen gegeneinander ausgespielt werden. Bei Einkommen, bei rechtlichen Verbesserungen, in der Rechtsvertretung, bei der Schulung von BetriebsrätInnen, bei der Gestaltung von Gesetzen – ÖGB und Gewerkschaften sorgen dafür, dass die Interessen der ArbeitnehmerInnen großen Stellenwert haben.

Impressum:

**Herausgeber:** Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellerin:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstr. 21. **Verlagsort:** Wien. **Herstellungsort:** Neudorf. **Chefredaktion:** Nani Kauer. **Kaufmännische Leitung:** Christoph Höllriegler. **AutorInnen:** Milena Borovska, Amela Muratović, Florian Kräffner, Franz Fischill, Katja Dämmrich, Heike Hausensteiner, Christian Resel, Jürgen Michlmayr. **Layout/Grafik:** Walter Schauer. **Bildredaktion:** Peter-Paul Waltenberger. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler, Johanna Kastner. **Lektorat:** Marga Achberger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, WWW: http://www.oegb.at/soli

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namenlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352  
DVR-Nr. 0046655

Dieses Produkt wurde mit ADOBE InDesign CS erstellt.

# Das war 2012

Jugendsporttag, Europadialog, Equal Pay Day und vieles mehr – der ÖGB vertritt Ihre Interessen.



ÖGB-Präsident Erich Foglar beim Interspar in Wiener Neustadt, NÖ – es war nur einer von vielen Betriebsbesuchen. »



„Wir müssen uns dringend den Fragen der Beschäftigung, der sozialen Ungleichheit, der Verteilungsgerechtigkeit stellen, wenn wir den Frieden dauerhaft fördern wollen“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann beim ÖGB-Europadialog „Europas Zukunft – Sparen statt Wachsen?“. »



Ob Fußball spielen, eine Wand hinaufklettern oder mit dem „Flying Fox“ durch die Luft segeln: Beim diesjährigen 47. Jugendsporttag der ÖGJ Wien Ende Mai hatten etwa 4.000 Jugendliche jede Menge Spaß. »



« „Das Defizit muss reduziert werden, falsches Sparen vernichtet aber Arbeitsplätze. Die Budgetsanierung kann daher nur mit zusätzlichen neuen Einnahmen gelingen“, sagten mehr als 400 FunktionärInnen bei einer Konferenz des ÖGB und der Arbeiterkammer Ende Jänner.



« Mitte November tanzten mehr als 350 Aktivistinnen und Aktivistinnen beim Wiener Stephansdom Sirtaki. Im Rahmen eines Aktionstags des Europäischen Gewerkschaftsbundes forderte der ÖGB mit dem Spruch „Wir sind alle Griechen“ Solidarität mit den Menschen in der gesamten EU ein.



« In den vergangenen Monaten haben ÖGB und Gewerkschaften mit etwa 100 Aktionen und Veranstaltungen in allen Bundesländern auf die Vorzüge des Sozialstaats aufmerksam gemacht. Statt den Sozialstaat abzubauen, müssen für dessen Leistungen alle einen fairen Beitrag zahlen – vor allem die Vermögenden.



« Mit dieser Tasche machten die ÖGB-Frauen Anfang Oktober auf die nach wie vor großen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern aufmerksam. In Österreich verdienen Frauen für die gleiche Arbeit durchschnittlich 23,7 Prozent weniger als Männer.

© ÖGB/Marina Konrad

© ÖGB/Marina Konrad

© ÖGB

© ÖGB

© ÖGB/Thomas Reimer

© Lisa Lux

© ÖGB/Thomas Reimer

# Das kommt 2013

Service: Alle relevanten Gesetzesänderungen für ArbeitnehmerInnen im kommenden Jahr.

**Pensionen:** Für die Korridor-pension werden ab 1. Jänner 38 Versicherungsjahre (statt bisher 37,5) benötigt.

Aufgrund des Tätigkeitsschutzes wird es ab 2013 erst mit 58 Jahren möglich sein, in Invaliditätspension oder Berufsunfähigkeitspension zu gehen. Derzeit kann man ab dem 57. Lebensjahr in Pension gehen, wenn man der Tätigkeit, die man in den letzten 15 Jahren zehn Jahre ausgeübt hat, nicht mehr nachgehen kann.

**Altersteilzeit:** Die Laufzeit wird für neue Vereinbarungen ab 1. Jänner auf maximal fünf Jahre verkürzt. Der Antritt der Blockvariante wird gefördert nur mehr möglich sein, wenn der Betrieb eine Ersatzkraft oder einen Lehrling einstellt. Gleich bleibt das Mindestalter für die Altersteilzeit: für Männer 58 Jahre und für Frauen 53 Jahre.

**Notstandshilfe:** Wegen der Anrechnung des Partnereinkommens fallen viele Langzeitarbeitslose, die keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosengeld haben, auch um die Notstandshilfe um. Bei der Regierungsklausur im November wurden die generelle Anhebung des Anrechnungsfreibetrags um 80 Euro monatlich und eine jährliche Valorisierung beschlossen. Für viele Betroffene, vor allem für Frauen, bedeutet das eine um bis zu 80 Euro höhere Notstandshilfe. (Voraussichtlich ab 1. Juli 2013.)

**Pensionskassen:** Wesentlicher Eckpunkt der Novelle zum Pensionskassengesetz ist die Einführung eines stabilen Versicherungsmodells, der sogenannten Sicherheits-Veranlagungs- und Risikogemeinschaft (Sicherheits-VRG). Eine konservative Veranlagung der Beiträge soll Stabilität und Sicherheit für die Betriebspensionen bringen. Außerdem wird diese Pension in ihrer Anfangshöhe von der Pensionskasse garantiert, das heißt, sie kann nicht unter die Höhe der erstmals ausbezahlten Pension sinken.

**Bauspar-Prämie:** Bausparer erhalten auch für 2013 nur mehr die halbe staatliche Prämie: 1,5 Prozent, das bedeutet bei der maximalen jährlichen Einzahlungssumme von 1.200 Euro nur noch 18 Euro statt 36 Euro. Auch die an die Bausparprämie gekoppelte Förderung der Zukunftsvorsorge halbiert sich.

**Unisex-Tarife bei Versicherungen:** Unterschiedliche Versicherungsprämien für Männer und Frauen gehören in der EU der



© Care / picturetek.com

Vergangenheit an. Seit 21. Dezember 2012 dürfen die Versicherungen nur mehr sogenannte Unisex-Tarife anbieten. Frauen müssen daher künftig höhere Prämien für Unfall- und reine Ablebensversicherungen zahlen. Bisher waren diese günstiger, weil Frauen weniger oft verunfallen und länger leben. Für Männer verteuern sich hauptsächlich Rentenversicherungen, für die Frauen aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung bei gleicher Leistung bisher mehr zahlen mussten.

**LeiharbeiterInnen:** Aufgrund einer EU-Richtlinie musste das österreichische Arbeitskräfteüberlassungsgesetz (AÜG) überarbeitet werden. Nun müssen Überlasser ihre ArbeitnehmerInnen spätestens 14 Tage im Vorhinein über das Ende eines Einsatzes informieren, wenn sie länger als drei Monate überlassen waren. Damit ist endlich Schluss mit der Praxis, Kolleginnen und Kollegen heute darüber zu informieren, dass sie morgen nicht mehr gebraucht werden.

Verbesserungen gibt es auch bei der Gleichstellung mit den Stammbeschäftigten, zum Beispiel in der Kantine, bei Sozialleistungen und Betriebspensionen. Wenn im Einsatzbetrieb verkürzte Arbeitszeiten gelten oder Pausen bezahlt werden, wenn es zusätzliche Urlaubstage gibt, wenn an manchen Tagen früher Schluss ist, dann gilt dies künftig auch für die LeiharbeiterInnen.

Jede beim Kunden frei werdende Stelle muss ab 1. Jänner 2013 im Betrieb öffentlich ausgeschrieben werden – und zwar ausdrücklich so, dass LeiharbeiterInnen dazu Zugang haben. Alle Änderungen im Detail sowie weitere Verbesserungen ab 2014: [www.leiharbeiter.at](http://www.leiharbeiter.at)

**Bauarbeiter:** Als Schlechtwetter am Bau gilt künftig ausdrück-

lich nicht nur Regen, Schnee und Frost, sondern auch Hitze. Dies ist insofern bedeutend, als Bauarbeiter bei Schlechtwetter frei bekommen und der Verdienstentgang zu 60 Prozent abgegolten wird.

**Tourismus-Beschäftigte:** In Zukunft werden Mitarbeiterunterkünfte bis 30 m<sup>2</sup> – unabhängig von ihrer Ausstattung – steuerfrei sein. Bei Wohnräumen zwischen 30 und 40 m<sup>2</sup> wird ein Abschlag vom Sachbezug für die typischerweise saisonalen Unterkünfte in Höhe von 35 Prozent zur Anwendung kommen.

**Studiengebühren:** LangzeitstudentInnen zahlen ab dem Sommersemester 2013 pro Semester 363,36 Euro, Nicht-EU-BürgerInnen sogar 726,72 Euro. Ausgebaut wird die Studienförderung: Durch die Erhöhung der Freibeträge bei nichtselbstständigen Einkünften erhalten rund 20.000 Studienbeihilfe-

BezieherInnen höhere Stipendien. Konkret steigt ihre Beihilfe um bis zu 155 Euro pro Studienjahr.

**Jugend- und Lehrlingscoaching:** Das bereits in Wien, Salzburg und der Steiermark erprobte Jugendcoaching wird bundesweit ausgerollt. BetreuerInnen nehmen sich der Jugendlichen ab der neunten Schulstufe an, die weder in Ausbildung sind noch arbeiten.

Ebenfalls ein Ausbau ist beim Lehrlingscoaching geplant, das sich an Personen richtet, die in geförderten Maßnahmen wie zum Beispiel Implantementstiftungen auf die Lehrabschlussprüfung vorbereitet werden oder die Lehre abgebrochen haben und diese nun beenden möchten. Für sie soll es die Möglichkeit geben, als ordentliche SchülerInnen die Berufsschule zu besuchen und damit die gesamte duale Lehr-ausbildung erfolgreich abzuschließen.

## NEUE WERTE

### Höchstbeitragsgrundlage

- täglich: 148 Euro\*)
- monatlich: 4.440 Euro
- jährlich für Sonderzahlungen: 8.880 Euro
- monatlich für freie DienstnehmerInnen ohne Sonderzahlungen: 5.180 Euro

\*) inkl. zusätzliche Erhöhung um 3 Euro täglich gemäß 2. Stabilitätsgesetz 2012 (BGBl. I Nr. 35/2012 vom 24.4.2012)

### Geringfügigkeitsgrenze

- täglich: 29,70 Euro
- monatlich: 386,80 Euro
- Grenzwert für Dienstgeberabgabe (DAG): 580,20 Euro

### Tägliche Beitragsgrundlage

- für Versicherte, die kein Entgelt oder keine Bezüge erhalten: 24,28 Euro (= monatlich 728,40 Euro)
- für Zivildienere: 34,16 Euro (= monatlich 1.024,80 Euro)
- für AsylwerberInnen: 32,70 Euro (= monatlich 981 Euro)

### Ausgleichszulage („Mindestpension“)

- 837,63 Euro für Alleinstehende
- 1.255,89 Euro für Ehepaare

## Gesund in die Arbeit:

### Einigung

Die befristeten Invaliditätspensionen sollen künftig durch Umschulungsgeld vom AMS bzw. durch Rehabilitationsgeld von der Gebietskrankenkasse ersetzt werden – darauf haben sich die Sozialpartner beim Bad Ischler Dialog 2011 geeinigt. Das soll, als eine von vielen Maßnahmen, dafür sorgen, dass die Menschen länger gesund und arbeitsfähig bleiben. „Ziel der Gewerkschaft war immer: Gesund in die Arbeit, gesund von der Arbeit. Die Menschen brauchen einen Arbeitsplatz, auf dem sie gesund bis zum Regelpensionsalter bleiben können“, sagt Foglar. „Wenn die Wirtschaft nicht mehr altersgerechte Arbeitsplätze anbietet, werden die Menschen auch weiterhin frühzeitig aus ihrem Job ausscheiden müssen. Hohe Arbeitsbelastungen machen Rehabilitationsmaßnahmen überhaupt erst notwendig.“

## Arbeitslosigkeit:

### Plus 6,7 %

Inklusive Schulungen waren im November 344.521 Personen offiziell auf Jobsuche, exklusive Schulungen waren 270.436 Menschen arbeitslos gemeldet – ein Plus von 6,7 Prozent im Vergleich zum Jahr 2011. Besonders betroffen sind Langzeitarbeitslose (plus 30 Prozent), Behinderte (plus 16 Prozent) und MigrantInnen (plus 12 Prozent). Auch im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen gab es im November um 13 Prozent mehr Arbeitslose. „Nach der Reform der Kurzarbeit, mit der die Regierung eine Vorarbeit zur Bewältigung des Wirtschaftsabschwungs geleistet hat, brauchen wir weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, stellt vda-Vorsitzender und ÖGB-Arbeitsmarktsprecher Rudolf Kaske klar. Im Förderungsprogramm der Gewerkschaft: Mehr Geld für aktive Arbeitsmarktpolitik, Sanktionen für Unternehmen, die älteren Menschen keine Chance geben, und Investitionen in Pflege und Betreuung.

## Adressänderungen:

**Tel. 01/534 44-39100**

Montag–Donnerstag 8–16.30 Uhr,  
Freitag 8–13 Uhr.

Oder unter: [www.oegb.at](http://www.oegb.at)

**i-move.at**

**Zivildienst ade?****Zeit für Neues**

Aufgrund der sinkenden Geburtenzahlen drohen Österreich die Zivildienster auszugehen. „Die Ansprüche im Gesundheits- und Pflegebereich steigen aber deutlich. Deshalb ist es an der Zeit, ein neues Konzept für ein Soziales Jahr zu entwickeln, das neben Männern auch Frauen offensteht – und zwar auf Basis von Freiwilligkeit, Entlohnung und sozialer Absicherung“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB.

**Einkommen entlasten:****Steuern runter**

„ArbeitnehmerInnen zahlen etwa zwei Drittel des Steueraufkommens“, sagt ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser anlässlich der von der Statistik Austria präsentierten Zahlen zum Lohnsteueraufkommen im Jahr 2011 und fordert eine Steuerstrukturreform. 2011 konnte die Finanzministerin 69,8 Milliarden Euro an Steuern einnehmen – davon haben die ArbeitnehmerInnen 21,8 Milliarden als Lohnsteuer und 23,4 als Mehrwertsteuer beigetragen. „Das Ziel muss sein: Belastung der großen Vermögen, Entlastung der Arbeitseinkommen. Kleine Korrekturen innerhalb des Lohnsteuertarifs sind zu wenig. Sie ändern nichts daran, dass die großen Vermögen so gut wie gar nichts zum Gesamtsteueraufkommen beitragen“, so Oberhauser.

**Ganztagsschule:****Normalfall**

Ganztägige Schulformen sind in Europa mittlerweile an der Tagesordnung. Das zeigt eine Aufstellung der Datenbank Eurypedia. Es gibt kein Land mehr, das nur noch auf die Halbtagschule setzt – entweder sind ganztägige Schulformen flächendeckend vorhanden oder zumindest teilweise. Als bisher letzte Staaten haben Österreich, Deutschland und Griechenland ihre Systeme umgewandelt, sie werden nun als „teilweise ganztägig“ geführt. „Ganztägig“ sind laut Eurypedia Schulsysteme, die Unterricht und Betreuung sowohl vormittags als auch nachmittags ausweisen. Darunter fallen u. a. jene in Belgien, Finnland, Irland, Malta und Spanien.

# „Chance für Neueinstieg“

Soziales Jahr: Sozial- und Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer im Gespräch mit der Solidarität.

**Solidarität:** Die österreichischen Arbeitsmarktdaten sind im EU-Vergleich weiterhin im Spitzenbereich – was tun, damit es so bleibt?

**Rudolf Hundstorfer:** Österreich kann sich von der wirtschaftlichen Situation im internationalen Umfeld nicht abkoppeln. Wir haben daher leider auch steigende Arbeitslosenzahlen, aber im Vergleich zu anderen EU-Staaten ist es bei uns ein moderater Anstieg und wir werden auch weiterhin die niedrigste Arbeitslosenzahl in Europa verzeichnen. Bei den Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren haben wir im November sogar einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um fast drei Prozent geschafft. Wir investieren in diesem Bereich sehr viel Geld, das macht sich immer mehr bezahlt. Mit der Ausbildungsgarantie geben wir allen Jugendlichen das Versprechen, entweder eine weitere schulische Ausbildung oder eine berufliche Ausbildung anzubieten. Das wirkt. Bis 2015 ist es unser Ziel, aus der Ausbildungsgarantie eine Ausbildungspflicht zu machen. Jugendcoaching, Ausbildungsfit und das Lehrlingscoaching sind wichtige Schritte in diese Richtung.

**Solidarität:** Was soll die EU tun, um die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen?

**Rudolf Hundstorfer:** In Europa muss ähnlich wie in Österreich eine Garantie eingeführt werden, dass jeder/jede Jugendliche spätestens vier Monate nachdem er oder sie das Schulsystem verlassen hat oder arbeitslos geworden ist ein Job-, Qualifizierungs- oder Ausbildungsangebot erhält. Ich habe vor einigen Monaten mit meinem luxemburgischen und französischen Amtskollegen diese Forderung für Europa erhoben. Jetzt hat die EU-Kommission nach unserem Vorbild eine derartige Strategie vorgelegt. Entscheidend ist wie immer die Finanzierung. Denn derartige Vorhaben kosten natürlich auch Geld.

**Solidarität:** Soziales Jahr statt Zivildienst – wie sollen genug junge Menschen dazu gebracht werden? Werden erworbene Qualifikationen für weitere Ausbildungen bzw. Berufswege anerkannt?

**Rudolf Hundstorfer:** Wir sind unsicher, dass 8.000 Menschen pro Jahr bereit sind, das Soziale Jahr zu absolvieren. Jedes Jahr nehmen mehr als 90.000 Men-



„Alle im Erwerbsalter können ein Soziales Jahr machen – egal ob Männer oder Frauen“, sagt Arbeits- und Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

schen in Österreich eine Arbeit im Gesundheits- oder Sozialbereich auf. Für viele kann es interessant sein, den Umstieg oder Neueinstieg in dieses Berufsfeld über ein Soziales Jahr zu absolvieren. Für uns ist es vorrangig, dass für diese wichtigen Tätigkeiten eine faire und angemessene Bezahlung und vor allem die Perspektive einer beruflichen Orientierung und Grundausbildung in diesen Bereichen geschaffen werden. Das Soziale Jahr ist nur noch im Gesundheits- und Sozialbereich möglich – dazu gehören neben den Rettungsorganisationen beispielsweise der Behindertenbereich, Krankenanstalten, geriatrische Bereiche, aber auch die Kinderbetreuung.

**Solidarität:** Ist das das Ende des Ehrenamtes, wie manche meinen?

**Rudolf Hundstorfer:** Ganz sicher nicht. Das ist nichts anderes als grundlose Panikmache. In Österreich gibt es mehr als drei Millionen Ehrenamtliche. Ich denke, dass nur ein Bruchteil davon den Zivildienst gemacht

hat. Warum soll also die Weiterentwicklung des Zivildienstes zu einem Sozialen Jahr dem Ehrenamt ein Ende bereiten? Außerdem bin ich überzeugt, dass auch viele, die ein Soziales Jahr absolviert haben, dann als Ehrenamtliche der Organisation treu bleiben.

**Solidarität:** Gibt es ein Alterslimit?

**Rudolf Hundstorfer:** Ein Soziales Jahr können in Österreich alle Menschen im Erwerbsalter, egal ob Männer oder Frauen ab 18 Jahren, machen, PensionistInnen jedoch nicht. Dadurch wird das Potenzial um ein Vielfaches größer als jetzt beim Zivildienst. Beim Zivildienst hat man immer nur einen Jahrgang junge Männer zur Verfügung, beim Sozialen Jahr jedoch 35 oder mehr Jahrgänge von Männern und Frauen. Das ist aufgrund der demografischen Entwicklung entscheidend, denn durch den Geburtenrückgang werden die Jungen immer weniger. Ich bin daher überzeugt, dass das Soziale Jahr in jedem Fall in den

nächsten Jahren ein Thema wird, unabhängig davon, wie die Volksbefragung ausgeht.

**Solidarität:** Zur aktuellen Diskussion über Kurzarbeit: Warum gibt es Änderungsbedarf, was wird geändert? Bleibt die Mitbestimmung erhalten?

**Rudolf Hundstorfer:** Die alten Regelungen laufen mit Ende des Jahres aus, daher hatten wir ohnedies Handlungsbedarf. Natürlich bleibt die Mitbestimmung. Ohne Betriebsrat und Gewerkschaft wird auch in Zukunft keine Kurzarbeit bewilligt. Mit den neuen Bestimmungen – die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung ab dem fünften Monat Kurzarbeit sind vom Staat zu übernehmen, plus ein leichter Umstieg auf Kurzarbeit mit Qualifizierung – soll in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Bereitschaft, Kurzarbeit einzuführen, anstatt ArbeitnehmerInnen zu kündigen, größer werden. Das nützt den ArbeitnehmerInnen, aber auch den ArbeitgeberInnen, und natürlich der Gesellschaft insgesamt.



Bereits im Sommer werden die Fahrzeuge gewartet und für den Winter vorbereitet.

© Alle Fotos: ASFINAG

# So viel Salz wie für ein Ei

1.400 ASFINAG-MitarbeiterInnen bereiten sich auf den Schneeeinbruch vor – seit dem Sommer.



Über 3.000 Kameras haben das Straßennetz unter Kontrolle.

**Wintersaison.** Der Winterdienst ist für die ASFINAG-MitarbeiterInnen wie die Champions League im Fußball. Sie haben den Ehrgeiz, jedes Jahr perfekte Arbeit zu leisten. „Planung ist dabei alles“, stellt Karl Haas, Chef der Autobahnmeisterei Inzersdorf, fest. So wie in Inzersdorf werden daher überall die Fahrzeuge bereits im Sommer gewartet, die Arbeit des vergangenen Winters wird analysiert, der nächste geplant. Auch das Auffüllen der Salzlager gehört dazu: 92.000 Tonnen Salz sind es, und die müssen für das 2.178 Kilometer lange Autobahn- und Schnellstra-

ßennetz reichen. Insgesamt hat die ASFINAG 43 Autobahnmeistereien und 1.400 MitarbeiterInnen.

Auscheidend dafür, ob sich die ganzen Vorbereitungen gelohnt haben, sind die Wettervorinformationen. Großwetterlage, regionales Wetter oder auch kurzfristige Wetterumschwünge werden auf einer Reihe von Bildschirmen dargestellt, beobachtet und ausgewertet. In vielen Fällen kann dadurch die Stunde Null bereits eineinhalb Tage vorausgesagt werden. Bevor die Schneepflüge mit einer Räumungsbreite von 6,5 bzw. 5,5 Metern zum Einsatz

kommen, kann es sein, dass präventiv Salz gestreut wird. Auf den Quadratmeter Fahrbahn genau fünf Gramm, so viel Salz wie für ein Frühstücksei. Und wenn es dann mit dem Schnee ernst wird, die Schneebeschaffenheit bekannt ist, beginnt die Herausforderung. Haas: „Mensch und Fahrzeug werden extrem belastet. Das ist auch Adrenalin pur.“ Das Winterdienst-Anforderungsniveau, erstellt im Juli 2002 vom Verkehrsministerium, sieht eine Umlaufzeit von drei Stunden vor. Geschafft wird es inzwischen in einer Stunde.

## Kritik der AutofahrerInnen

„Schwarzärgern“ gehört aber offensichtlich auch zum Winterdienst. Sowohl bei den AutofahrerInnen als auch bei den „Winterdienstlern“. Haas: „Es kommt immer wieder vor, dass meine Kollegen beschimpft und belächelt werden.“ Kritik kommt meist wegen zu spätem Streuen oder Räumen. Zum „schwarzärgern“ ist manchmal das Verhalten einzelner AutofahrerInnen. Die Folgen ihrer

nicht ans Wetter angepassten Fahrweise können verheerend sein. Und daher sind Unfälle, Staus oder generell Verkehrsüberlastung die „Feinde“ des perfekten Winterdienstes. Keinen Ärger, aber viel Unterstützung gibt es von der ASFINAG-Verkehrssteuerung und dem dort befindlichen Studio des Ö3-Verkehrsfunks.

## Beobachten und melden

Operator Christian Piribauer und sein Team können über rund 3.000 Kameras das Geschehen auf dem Autobahn- und Schnellstraßennetz zu einem Großteil verfolgen. Dort laufen nicht nur im Winter viele wichtige Informationen zusammen und tragen zum Erfolg des Winterdienstes sowie zu einem besseren Verkehrsablauf bei. Die Wetterbedingungen werden erfasst, und daraus entstehen dann die Verkehrshinweise entweder auf den Wechseltextanzeigen über den Autobahnen oder direkt via Ö3-Verkehrsfunk.

Franz Fischill

## MigrantInnen:

### Fixiert

Der Österreichische Arbeitsklima Index zeigt, dass der Arbeitsmarkt für ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund nach wie vor Hürden bereithält. Die Hälfte dieser Menschen ist als ArbeiterIn beschäftigt – am Bau, als FabrikarbeiterIn, als Koch/Köchin, als KellnerIn. Unter den Angestellten gibt es derzeit nur 14 Prozent MigrantInnen, im öffentlichen Dienst sind es neun Prozent. MigrantInnen verdienen nur 89 Prozent des Einkommens von Beschäftigten ohne Migrationshintergrund – also etwa 150 Euro weniger. Gründe dafür: der Status als ArbeiterIn, Tätigkeiten als Hilfskraft, geringe Qualifikation oder Beschäftigung unterhalb der erworbenen Qualifikationen.

## Freie DienstnehmerInnen:

### Zufrieden

Freie DienstnehmerInnen liegen seit dem vorigen Jahr knapp über dem Durchschnittswert des Arbeitsklima Index. Das hängt mit der erfolgten sozialrechtlichen Besserstellung (Kranken- und Arbeitslosenversicherung) zusammen. 83 Prozent der Freien DienstnehmerInnen sind mit ihrem Beruf und der Arbeitszeit zufrieden. Nur 14 Prozent stehen unter Zeitdruck, zehn Prozent leiden unter psychischen Belastungen durch den Job, und nur ein Prozent nennt schlechte Bedingungen für die Gesundheit.

## BerufseinsteigerInnen:

### Unzufrieden

Jüngere Beschäftigte haben traditionell bessere Werte im Arbeitsklima Index als über 46-Jährige. Doch BerufseinsteigerInnen schätzen ihre Karrierechancen nun deutlich schlechter ein als vor ein paar Jahren. Nur noch 54 Prozent sind mit ihren beruflichen Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten zufrieden (2010: 71 Prozent), nur 68 Prozent sind mit dem Führungsstil des Vorgesetzten zufrieden, und der Anteil der BerufseinsteigerInnen, die wegen des Jobs psychisch sehr oder ziemlich belastet sind, hat sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt.



1.400 MitarbeiterInnen arbeiten in insgesamt 43 Autobahnmeistereien.



**Betriebsrat:****Ausgezeichnet**

„Vor den Vorhang“ geholt wurden Betriebsrätinnen und Betriebsräte aus ganz Niederösterreich Mitte November im Moorbad Harbach. Sie erhielten bei einer von der AKNÖ erstmals durchgeführten Ehrung für besondere Leistungen im Jahr 2012 eine Bronzestatue. Bei der Preisverleihung gab es vier Kategorien (Widerstand, Wachstum, Fortschritt und Zivilcourage). Insgesamt waren 144 Personen für die Auszeichnungen nominiert worden. Eine der begehrten Auszeichnungen ging an die Leyrer + Graf Bau GmbH in der Kategorie „Wachstum“. Das Betriebsratsgremium des Unternehmens zeichnet sich durch eine hohe Leistungsbereitschaft in der Betreuung der Kolleginnen und Kollegen aus.

**Ganztagsschule:****Fortschritt**

„Schritt für Schritt geht es in Sachen Bildung voran. Ob Ganztagsschule oder Sprachförderung, es geht in die richtige Richtung“, erklärte ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser zu den Bildungsbeschlüssen im Ministerrat am 4. Dezember. „Wichtig ist, es werden Schritte in die richtige Richtung gesetzt und der Stillstand ist überwunden“, erinnert Oberhauser daran, dass seit Monaten immer wieder kleinere und größere Maßnahmen für eine Schul- und Bildungsreform beschlossen werden. „Von der Reform der PädagogInnenausbildung bis zum leichteren Nachholen von Bildungsabschlüssen reichen die heuer bereits beschlossenen Reformen im schulischen Bereich. In Summe ist alleine heuer einiges weitergegangen“, stellt Oberhauser fest. „Jetzt ist es wichtig, dass der eingeschlagene Weg konsequent weitergegangen wird, auch wenn gewaltige Widerstände zu überwinden sind“, erklärt die ÖGB-Vizepräsidentin.



© Bildagentur Waldthaler

# Gut informiert

Arbeitsrecht, Pensionsrecht, Burn-out – das sind u. a. die Themen der Infoabende im Jahr 2013.

**Serviceangebot.** Der ÖGB bietet ÖGB-Mitgliedern und anderen Interessierten ein spannendes Serviceangebot: Zu verschiedenen Themen gibt es Informationsabende, Expertinnen und Experten liefern dabei einen Überblick zum jeweiligen Thema. Hier ein kurzer Überblick über die Themen im ersten Halbjahr 2013.

„Rechtsextrem. Symbole – Codes – Kennzeichen – Musik – Gesetze – Organisationen“ am Dienstag, 29. Jänner 2013, 18 Uhr

„Burn-out“ am Dienstag, 26. Februar 2013, 18 Uhr

„Hol' dir dein Geld zurück“ am Dienstag, 26. März 2013, 18 Uhr

„Arbeitsrecht – Was Sie unbedingt wissen sollten!“ am Dienstag, 28. Mai 2013, 18 Uhr

„Überblick über das geltende Pensionsrecht (ASVG)“ am Dienstag, 25. Juni 2013, 18 Uhr

An den Informationsabenden finden keine individuellen Beratungen statt. Veranstaltungsort ist die ÖGB-Zentrale, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien (U2-Station Donaumarina) Um Anmeldung per E-Mail an [servicecenter@oegb.at](mailto:servicecenter@oegb.at) oder telefonisch unter 01/534 44-39100 wird ersucht.



Eine Kampagne der Österreichischen Gewerkschaftsjugend.



**GEWALT IST WAS FÜR KLEINE LULUS**  
WWW.OEGJ.AT/SPRUECHEKLOPFER

**ICH WILL IMMER MITBESTIMMEN**  
WWW.OEGJ.AT/SPRUECHEKLOPFER

**facebook GEWINNSPIEL!**

Chrissi Klug, Musikerin

**POSEN, FOTOGRAFIEREN & HOCHLADEN!**

Du fragst dich manchmal, wieso wir uns ständig gegenseitig fertigmachen müssen? Du bist ein Naturwissenschafts- oder Technik-Nerd und stehst dazu? Große Klappe und schon was dahinter?

Dann mach mit beim ÖGJ Sprücheklöpfer-Wettbewerb! Pose, lade ein Foto auf Facebook und wähle deinen Lieblingspruch!

**Hochladeschluss ist der 28.2.2013!**  
**Bis dahin hast du Zeit dich in Pose zu werfen.**

**TOLLE PREISE GEWINNEN!**

1x 2 Tage für 2 im **Hotel Bad Hofgastein**  
5x Urlaubswoche für 2 von **Hotelbox**  
1x **Nokia Lumia 610**  
2x 50€-Gutscheine von **Libro**  
Jugendbücher von **Thalia**



**bmwfi**  
Bundesministerium für  
Wirtschaft, Familie und Jugend

**WWW.OEGJ.AT /SPRUECHEKLOPFER**

# Stiftung hilft bei Jobsuche

Die Stahlstiftung ermöglicht Orientierung, Ausbildung und Unterstützung bei Jobsuche – und das seit 25 Jahren.

**Unterstützung.** Die Stahlkrise Ende der 80er-Jahre führte zu massivem Personalabbau. FirmenvertreterInnen sowie Betriebsrätinnen und Betriebsräte des Konzerns „voestalpine“ gründeten daraufhin die erste Arbeitsstiftung Österreichs – die Stahlstiftung. Ursprünglich für kurze Zeit geplant, feiert sie heuer ihr 25-jähriges Jubiläum.

„Die Stahlstiftung ist ein Erfolgsmodell, das zeigt, wie im strukturellen Wandel, einhergehend mit Arbeitsplatzabbau, die schwierige Situation für die betroffenen Menschen nachhaltig, sozial gerecht und gut gelöst werden kann“, gratuliert ÖGB-Präsident Erich Foglar zum bisher Geleisteten. Die MitarbeiterInnen der rund 80 Mitgliedsgesellschaften der Stiftung leisten einen Solidarbeitrag und finanzieren damit den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben für ehemalige Kolleginnen und Kollegen, die ihren Job aus wirtschaftlichen Gründen verloren haben oder ihrer

Beschäftigung aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr nachgehen können.

## Persönliches Schicksal

Nach einem schweren Unfall ihres Gatten wusste Sabine Mistinger: „Ich muss Mann und Kind erhalten.“ Die erst 28-Jährige hatte nach zwei Jahren unter härtesten Arbeitsbedingungen im Rohrleitungsbau schwere Lungenprobleme. Sie nutzte die Stiftung zur Umschulung. Heute ist sie Orthopädietechnerin in Niederösterreich. „Ohne Stahlstiftung wäre die Umschulung nicht möglich gewesen. Ich habe vom Arbeitsamt 960 Euro bekommen. Ich hätte jede Arbeit annehmen müssen.“

## Umorientierung ermöglicht

Die Stahlstiftung ermöglicht Orientierung, Ausbildung und Unterstützung bei der Jobsuche. Die Ausbildung ist kostenlos und kann so lange dauern, wie die Person im Vorfeld bei der voestalpine tätig war. Mög-



*Geschäftsführer Bernd Dobesberger ist stolz, dass 90 Prozent der Personen, die in die Stahlstiftung eingetreten sind, danach auch einen Job gefunden haben.*

© A. Ricco, Stahlstiftung/voestalpine

lichkeiten der Neuqualifikation reichen von der Lehre bis zum Universitätsstudium. Wolfgang Ricco arbeitete als Betriebsmann am Hochofen. Ein schwerer, gesundheitsgefährdender Job. Ricco fragte

sich: „Wie lange schaff ich das?“ Schließlich entschloss er sich zu einer Weiterbildung. Er kündigte einvernehmlich – eine Voraussetzung für die Nutzung des Stiftungsangebots –, machte die Studienberechtigung

prüfung und schloss die Fachhochschule als diplomierter Ingenieur ab. Ein Praktikum bei der voest mündete in eine Fixeinstellung. Heute ist er Projektleiter im Werksausbau und überzeugt, dass solche „unkonventionellen Karrierewege für die Betroffenen und für den Konzern vorteilhaft sind“.

## Krisengeschüttelt

In Krisenzeiten benötigen besonders viele Personen die Hilfe der Stiftung. Trauriger Höhepunkt war das Jahr 2009 mit rund 1.700 Menschen in Betreuung (ein Jahr zuvor waren es noch 170). Heinrich Klambauer ist krisenerprobt. Vor der Stahlkrise arbeitete er als Betriebsschlosser.

Die Angst um den Arbeitsplatz ließ ihn auf Arbeitssuche gehen. Er wurde Anlagenmonteur bei einem Betrieb, der 17 Jahre später zusperrten musste. Der bereits 53-Jährige machte sich erneut auf die Suche nach einem Job. Er fand einen in der voest, der aber 2009 – als die zweite Krise hereinbrach – wegrationalisiert wurde. So kam er in die Stahlstiftung und zu einer Ausbildung im Anlagenmanagement. Heute ist er als Haustechniker bei der Firma tätig, in der er sein verpflichtendes Praktikum gemacht hat. Klambauer freut sich vor allem, dass die Zeit in der Stiftung auf die Pensionszeiten angerechnet wird.

Die hier vorgestellten Menschen sind nur drei von den rund 6.600 Personen, die seit ihrem Bestehen in die Stahlstiftung eingetreten sind. Der Geschäftsführer der Stahlstiftung Bernd Dobesberger ist stolz, dass rund 90 Prozent von ihnen einen Job gefunden haben.

*Die Möglichkeiten der Neuqualifikation reichen von Lehre bis zum Universitätsstudium. Wolfgang Ricco holte die Studienberechtigungsprüfung nach und schloss die Fachhochschule als diplomierter Ingenieur ab.*



*Wegen gesundheitlicher Probleme machte Sabine Mistinger eine Umschulung zur Orthopädietechnerin.*



*Mit Unterstützung der Stiftung machte Heinrich Klambauer eine Ausbildung im Anlagenmanagement und ist jetzt Haustechniker.*

# Zumutbare Unterstützung

BetriebsrätInnen in großen Betrieben haben das Recht auf ein Sekretariat – das bestätigte das Gericht in Wien bereits 1999.

**Im Dauereinsatz.** „Wir haben verhältnismäßig viel Parteienverkehr“, erklärt Elfriede Birke. Im Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern in Wien-Mariahilf arbeitet die gelernte Sekretärin seit Jänner 2010 als Betriebsratsvorsitzende. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen nicht nur zu ihr, wenn es um arbeitsrechtliche Probleme geht. Birke hat auch für ihre privaten Sorgen immer ein offenes Ohr. „Die Menschen wissen, dass

ich rund um die Uhr erreichbar bin, sogar am Wochenende. Denn im Krankenhaus wird schließlich nicht nur von Montag bis Freitag gearbeitet“, erzählt die 51-jährige Betriebsrätin. Nur dreißig Stunden in der Woche ist sie für ihre Tätigkeit als Betriebsrätin freigestellt: „Ich komme aber ganz selten am Abend vor 20 Uhr nach Hause.“

Kein Wunder, es gibt nämlich viel zu tun – die gelernte Sekretärin ist für 480 Kolleginnen

und Kollegen, darunter ungefähr 80 Ärztinnen und Ärzte, zuständig.

## Zeit reicht nicht aus

Als Betriebsrätin ist Birke im Aufsichtsrat vertreten, engagiert sich in der betrieblichen Gesundheitsförderung, arbeitet in der Wertegruppe oder auch bei Arbeitssicherheitsfragen mit. Trotzdem weigerte sich ihr Arbeitgeber, einer Freistellung im Ausmaß einer Vollbeschäftigung zuzustimmen. „Wenn ich nicht



© Bildagentur/Photobus

für 40 Stunden freigestellt werde, dann könnte ich ja von einer Teilzeitkraft unterstützt werden“, dachte sich Birke und fragte bei ihrem Arbeitgeber an – doch vergebens. Aus Spargründen lehnte der Arbeitgeber ab, eine Einigung scheiterte auch, also klagte die Betriebsrätin vor dem Arbeitsgericht.

Ihre Argumentation: Die Arbeitskraft einer freigestellten Betriebsrätin reiche nicht aus, um sämtliche Sekretariatsarbeiten, die anstehen, zu erledigen. Zur Bewältigung der an den Betriebsrat herangetragen Tätigkeiten, wie beispielsweise die Bearbeitung der Anfragen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (mündlich oder schriftlich), Aushandlung von Betriebsvereinbarungen, Teilnahme an verschiedensten Gremien wie etwa der betrieblichen Gesundheitsvorsorge oder im Konzernbetriebsrat der Vinzenzgruppe (hierzu gehören auch die Barmherzigen Schwestern), ist eine Sekretariatskraft von Nöten.

## Gericht urteilte

Das Gericht folgte den Argumenten der Betriebsrätin und berief sich auch auf ein Urteil des Oberlandesgerichts Wien, das schon 1999 feststellte, dass „der Betriebsinhaber in großen Betrieben auch zur zeitweise oder dauernden Bereitstellung einer Schreibkraft für den Betriebsrat verpflichtet werden kann, wenn es die Tätigkeit erforderlich macht“. Ferner wird im Urteil vermerkt: „Bei der Erörterung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit vertrat das Oberlandesgericht die Meinung, dass bei einer Belegschaft von 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Zurverfügungstellung einer Halbtagskraft etwa 1/600 des Personaleinsatzes darstellt.“

Bei 480 Beschäftigten ist eine Unterstützung, wie sie die Betriebsrätin Elfriede Birke einforderte, also durchaus gerechtfertigt und das Gericht gab der Klage Recht. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.



„Gesund werden muss ich noch selbst. Den Rest erledigt meine Versicherung.“

Die Unfallvorsorge PREMIUM hilft Ihnen, den finanziellen Schaden nach einem Unfall zu lindern. Nähere Infos unter 050 350 350, auf [wienersstaedtiche.at](http://wienersstaedtiche.at) oder bei Ihrem Berater.

**IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN**

**WIENER  
STÄDTISCHE**  
VIENNA INSURANCE GROUP





# Dialog der Generationen

Ideenwettbewerb: Abschlussgala und Preisverleihung im ÖGB-Haus „Catamaran“.

© Fotos: Lisa Lux

**Alt und Jung.** Unter dem Titel „Dialog der Generationen in der Arbeitswelt – Der Teamwettbewerb für Jungspunde und alte Hasen“ lud das diesjährige Projekt der Europapartnerschaft zum Ideenwettbewerb. Dieser sollte die Zusammenarbeit zwischen den Generationen in der Arbeitswelt fördern und zum gegenseitigen Wissens- und Erfahrungsaustausch anregen. Im Rahmen der großen Abschlussgala Ende November in der ÖGB-Zentrale wurden die besten fünf Kurzfilme, die aus eingereichten Beiträgen entstanden waren, präsentiert und die GewinnerInnenteams ausgezeichnet. ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser freute sich über die

Preisübergabe an die engagierten TeilnehmerInnen, zeigen doch die Beiträge, dass junge und alte Menschen auf derselben Seite stehen. Die Zielsetzungen des Projekts entsprechen in starkem Ausmaß einem der wesentlichsten Grundpfeiler des ÖGB: der Solidarität – die sich unter anderem in der Solidarität zwischen Jung und Alt zeigt.

### Solidarisches Miteinander

Zahlreiche Teams aus Betrieben und Institutionen lieferten beeindruckende kreative Vorschläge und Good-Practice-Beispiele für ein solidarisches generationenübergreifendes Miteinander aus ihrem Arbeitsalltag.

Der Wettbewerb „Dialog der Generationen in der Arbeitswelt“ wurde durch zahlreiche Kooperationspartner auf inhaltlicher, fachlicher und finanzieller Ebene unterstützt. Neben dem ÖGB haben das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, die Bundesarbeitskammer, die Wirtschaftskammer, die Industriellenvereinigung, die Landwirtschaftskammer, das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, die Fachhochschule St. Pölten, die Erste Bank, der ORF, der ARBÖ, die Initiative Wert:Arbeit und das BMW Werk Steyr mit ihrer tatkräftigen Unterstützung dazu beigetragen, das vielschichtige Thema der solidarischen



Bei der Abschlussgala wurden die eingesandten Beiträge präsentiert und die GewinnerInnenteams ausgezeichnet.

Zusammenarbeit der Generationen in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Das Projekt „Dialog der Generationen in der Arbeitswelt“ wurde aus Gemeinschaftsmitteln der Europäischen Union

finanziert und ist ein Projekt der Europapartnerschaft. Alle Informationen zum Wettbewerb, den GewinnerInnen sowie die ausgezeichneten Kurzfilme unter: [www.dialogdergenerationen.at](http://www.dialogdergenerationen.at)

## Skifahren

Bis zu 50 Prozent sparen mit der ÖGB-Karte.

**Freizeit.** ÖGB-Mitglieder profitieren nicht nur vom kostenlosen Rechtsschutz und den vielfältigen Beratungsangeboten, sondern auch von zahlreichen Ermäßigungen, etwa beim Skifahren. So können Mitglieder an 430 Skitagen in

zwölf Skigebieten bis zu 50 Prozent sparen. Und so geht's: Einfach an der Kassa die ÖGB-Mitgliedskarte vorweisen. Familienmitglieder müssen sich mit der e-card ausweisen.

Nützen Sie das Angebot unter anderem in folgenden Skigebieten:

### Dürnborg

Zeitraum: 29. Dezember 2012 bis 5. Jänner 2013 und 16. bis 24. Februar 2013

Tageskarte für ÖGB-Mitglieder: 15 Euro (statt 23 Euro)

3-Stunden-Karte: 11 Euro (statt 19,50 Euro)

Kinder/Jugend: 9/14 Euro (statt 14/17 Euro)

3-Stunden-Karte: 7 Euro (statt 11/14 Euro)

[www.duernborg.at](http://www.duernborg.at)

### Gaissau-Hintersee

Zeitraum: 27. Jänner und 11. bis 17. März 2012

Tageskarte für ÖGB-Mitglieder: 16 Euro (statt 31,90 Euro)

Kinder/Jugend (bis 19 Jahre): 9 Euro (statt 24 Euro)

[www.gaissauhintersee.at](http://www.gaissauhintersee.at)

Alle weiteren Skigebiete finden Sie unter [www.mitgliederservice.at](http://www.mitgliederservice.at)

### Sozialstaat-Buchtipps

## Frei von Angst

Wenn von Freiheit die Rede ist, geht es heutzutage immer nur um die Wirtschaftsfreiheit, kritisiert Journalist und Videoblogger Robert Misik. Dabei ist die Freiheit eher von prekären Arbeitsverhältnissen und ungerechter Vermögensverteilung bedroht. Wer Angst haben muss, im nächsten Monat die Miete nicht mehr bezahlen zu können, ist nicht frei. Misik: „Soziale Sicherheitsnetze sind deshalb eben nicht nur Garantien einer gewissen materiellen Gleichheit und des Schutzes vor Risiken, sondern auch der Freiheit, sie sind tatsächlich mächtige Kräfte der Individualisierung, während durch Prekarität und Verunsicherung destabilisierte Individuen in ihrer Autonomie eingeschränkt sind.“ Robert Misik: Halbe Freiheit. Warum Freiheit und Gleichheit zusammengehören. Suhrkamp Verlag, 6,20 Euro.

Bestellungen bei der ÖGB-Fachbuchhandlung: [fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at) oder [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)



**Halbe Freiheit**

Warum Freiheit und Gleichheit zusammengehören  
Robert Misik  
edition suhrkamp digital

SV

### Kalender 2013

## Sonntag frei!

Beim internationalen Fotoworkshop „Im Fokus: Sonntagsarbeit in Wien“ im Mai haben 21 TeilnehmerInnen aus acht europäischen Ländern Orte aufgesucht, an denen auch sonntags gearbeitet werden muss, darunter Berufsfeuerwehr, Rettung, Sozial- und Pflegezentrum, Zeitungsredaktion, Radiostudio, Polizei, Kirchen, Gasthäuser und mehr. Das Ergebnis des Fotoworkshops ist im Kalender 2013 zu sehen, Woche für Woche ein besonderes Motiv: Vom Straßenbahnfahrer in der Tramway-Remise um fünf Uhr früh über MitarbeiterInnen im Krankenhaus, LeiterInnen von Gottesdiensten bis zur Trabrennbahn und dem Stelzen balancierenden Kellner.

Die Allianz für den freien Sonntag stellt mit diesem Kalender Menschen in den Mittelpunkt, die von Sonntagsarbeit betroffen sind. Damit die Mehrheit der Menschen in Österreich diesen freien Tag genießen kann, müssen andere arbeiten.

Preis pro Stück 10 Euro zuzüglich Porto. Information und Bestellung: [sonntagsallianz@ksoe.at](mailto:sonntagsallianz@ksoe.at)



# Jüdisches Penicillin fürs Qi

Mahlzeit: Dem Globalisierungsgericht Hühnersuppe wird in aller Welt gesundheitsfördernde Wirkung zugeschrieben.

**Gesundmacher.** In der jüdischen Küche gehört die Hühnersuppe zu den Sabbat-Speisen und heißt Goldene Jouch. „Sie stellt für jüdische Mütter das Allheilmittel von allen gesundheitlichen und seelischen Problemen ihrer Familienangehörigen dar. Bei Grippe oder Erkältung wird dem Erkrankten die Hühnersuppe literweise eingeflößt“, schreibt Katja Sindemann in ihrem „Mazzesinsel Kochbuch“ (metroverlag).

## Zwei Stunden lang kochen

Der Geschmack kommt von einem Suppenhuhn, einem Rindsknochen, Pfeffer, Salz, Lorbeer, Wacholder, Selleriewurzel, Karotte, gelber Rübe und Lauch, die namensgebende goldene Farbe von einer Zwiebel samt Schale. Wir geben noch Knoblauch und Rosmarin dazu und ignorieren die üblichen Anweisungen, was von den Zutaten zu welchem Zeitpunkt ergänzt werden soll: Alles auf einmal in den Topf, mit kaltem Wasser bedecken, einmal ordentlich aufkochen und dann zurückdrehen. Mindestens zwei Stunden leicht köcheln lassen, Gemüse rausnehmen, Fleisch von

Haut und Knochen trennen. Ein bisschen Muskatnuss auf die Teller reiben, Suppe drauf schöpfen. Gemüse und Fleisch entweder als Einlage verwenden oder später extra essen. Von den anderen Einlagen, die sich traditionell in der Goldenen Jouch zu finden haben, sei hier nur eine erwähnt: Kreplach, mit Faschiertem gefüllte Teigtaschen. In Bologna läuft das unter Tortellini in Brodo. Will man den legendären Ruf der Hühnerbrühe als „Jüdisches Penicillin“ noch verstärken, kann man auch ordentlich Chili über die Suppe mahlen – das tötet Bakterien ab. Oder man hält sich an vietnamesische Rezepturen: Kein Wacholder, dafür Ingwer, eine Zimtstange und viel Sternanis.

## Weltweit verbreitet

Auch die traditionelle chinesische Medizin (TCM) schreibt der Hühnersuppe nahezu Wunderwirkung zu: Sie hilft gegen Erschöpfung, nährt das Blut und stärkt das Qi. Was das Qi ist, weiß man vielleicht, wenn man etwa 13 Jahre TCM und zwölf Semester Daoismus studiert hat.



In vielen Ländern der Welt wird die Hühnersuppe als Allheilmittel bezeichnet.

© Florian Kräfner

Hühnersuppe hat die Globalisierung vorweggenommen. In Persien hat der Arzt Ibn Sina (Avicenna) schon im zehnten Jahrhundert westlicher Zeitrechnung ihre positive Wirkung gewürdigt, im zwölften folgte dann der jüdische Gelehrte Maimonides („Wiederherstellung gestörten Humors“) und schließlich im frü-

hen 20. Jahrhundert die Kochbuchautorin Katharina Prato mit der Nennung unter „Suppen für Kranke“: „Zur Verbesserung von Rindsuppe kocht man ein altes Huhn (mit Ausnahme des Kopfes, welcher trübe macht) geviertheilt im Fleischtöpfe mit und stellt das Fleisch mit kaltem Wasser zum Kochen.“

Manch abstoßende Fernseh-sendung schließt ihre Bilder vom Madenverspeisen mit dem Hinweis „Don't try this at home“ ab. Die Heilbehandlung mit Hühnersuppe können Sie hingegen recht gefahrlos zu Hause ausprobieren. Gehen Sie aber lieber zusätzlich zum Arzt.

Florian Kräfner

ENDLICH WISSEN SIE IMMER,  
WIE VIEL FÜR SIE DRIN IST.

**inklusive MÜNzBOX,  
DIE MITZÄHLT.**

attraktive variable  
UND fixe Zinsen

**Mit der neuen SparBox**  
haben Sie alle Ihre Anlagekonten immer im Blick und können jederzeit darüber verfügen – online, mobil und per Bankomat/EC.

Mitten im Leben.  
[www.bawagpsk.com](http://www.bawagpsk.com)

**BAWAG  
PSK**

Harte Sparmaßnahmen in Griechenland, Spanien oder Portugal schaden ganz Europa.

# Wir sind Griechen!

Aktionen, Demos, Solidarität in ganz Europa.

**Unterstützung.** „Es ist unsere solidarische Pflicht, die Menschen in Südeuropa in der Krise nicht alleine zu lassen. Und es ist auch in unserem eigenen Interesse, wenn wir Seite an Seite mit ihnen für ein besseres Europa eintreten“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar Mitte November, als der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) zu einem Aktions- und Solidaritätstag aufrief.

## Sozialer Sprengstoff

Gekürzte Löhne und Pensionen, verringerte Sozialleistungen, schlechtere Gesundheitsversorgung, steigende Mehrwertsteuern sind eine erdrückende Last, unter der die Menschen vieler Länder in Europa leiden und die auch massiven sozialen Sprengstoff für ganz Europa in sich birgt.

**Jugend stark betroffen**  
Vor allem jungen Menschen fehlt die Zukunftsperspektive: „Europa darf nicht weiter kaputtgespart werden. Das ist uns als Gewerkschaftsjugend ein besonderes Anliegen, denn die Jugend zahlt den höchsten Preis für die Wirtschaftskrise“, sagte ÖGJ-Vorsitzender Jürgen Michlmayr zum Aktionstag.

„Wir weisen schon seit Jahren darauf hin: Die Sparpolitik löst die Probleme nicht, sondern verschärft die Krise“, so Foglar. „Wir verlangen einen Kurswechsel. Die Rezepte, die bisher angewendet wurden, machen nichts besser, im Gegenteil: Sie zerstören unsere Arbeitsplätze und unser europäisches Sozialmodell.“ Die Gewerkschaften kritisierten auch die Einschnitte in Gewerkschaftsrechte, die im Windschatten der Krise in vielen Ländern erfolgten. Foglar: „Eingriffe in Kollektivvertragsautonomie und Schwächung der Gewerkschaften werden die europäischen Gewerkschaften nicht dulden.“ In mehreren Städten Österreichs gab es zum Aktions- und

Solidaritätstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes verschiedenste Aktionen.

## Schlecht für ganz Europa

In Niederösterreich, der Steiermark, Tirol und Oberösterreich wurden Solidaritätsaktionen durchgeführt, die allesamt eine Botschaft senden sollten: Die Menschen in Europa halten zusammen.

Wer die Griechen oder Spanier, Italiener oder Portugiesen zum erdrückend harten Sparkurs drängt, schadet damit ganz Europa – und wird am Ende auch uns in Österreich treffen. Dem setzt der ÖGB Solidarität entgegen.

## ILO-Bericht:

### Kritik

„Unter dem Druck der Troika werden nationale Regierungen zu Maßnahmen gedrängt, die das Recht auf Kollektivvertragsverhandlungen massiv attackieren“, sagte EGB-Generalsekretärin Bernadette Ségol. Sie reagierte damit auf einen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Attacken auf Gewerkschaftsrechte feststellte. „Wir müssen die Situation so nicht weitergehen lassen, ernst nehmen. Die EU, die den Friedensnobelpreis bekommen hat, muss sich wieder daran erinnern, warum sie gegründet wurde: um Frieden, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit sicherzustellen.“ Der ILO-Bericht kritisiert die Sparmaßnahmen, die in Griechenland gesetzt wurden, scharf. In seiner November Sitzung stellte der ILO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit wiederholte und beträchtliche Verletzungen der Grundprinzipien von Kollektivverhandlungen fest, ebenso massive Defizite im sozialen Dialog. Der Ausschuss erinnerte daran, dass das Grundrecht sind, die eng mit Demokratie und sozialem Frieden zusammenhängen. Er kam auch zu dem Schluss, dass Griechenland die Unterstützung der ILO benötige, um den sozialen Dialog wiederherzustellen.

# Kein Geld für neues Auto

In Europas Autoindustrie gehen in den nächsten Jahren mehrere Hunderttausend Jobs verloren.

**Krise.** Rund zwölf Millionen – so viele Beschäftigte zählt die europäische Automobilbranche in den Zuliefer-, Hersteller- und Auslieferfirmen. Und auf zwölf Millionen dürfte heuer der Absatz in Westeuropa sinken, knapp 17 Millionen waren es 2007. Autobauer vor allem in Großbritannien, Belgien, Frankreich, Spanien und Italien überlegen Werkschließungen oder haben sie schon beschlossen. Die Folge: mehrere Hunderttausend neue Arbeitslose.



## Massenhersteller betroffen

Allgemein rechnet die Brüsseler Kommission bis 2014 mit etwa 750.000 zusätzlichen Beschäftigungslosen in der EU. Wirtschaftsminister Olli Rehn gab zu, dass die Budgetkürzungen in den Staaten problematisch seien; die Nachfrage werde gebremst. Wer von Kürzungen, Arbeitslosigkeit oder Preissteigerungen betroffen ist, kauft weniger. Das gilt in erster Linie für die Klein- und Mittelschicht – auch in der Fahrzeugbranche. Die Flaute

trifft daher Massenhersteller wie Ford, Opel, Renault, Peugeot oder Fiat stärker als Prestige-Marken wie BMW, Audi oder Mercedes. Dass die globale Krise Europas Autoindustrie jetzt – mit Verzögerung – erwischt, liegt auch an der Subventionspolitik der öffentlichen Hand. Denn viele Regierungen versuchten zu Beginn, den Einbruch durch Prämien zu umschiffen. Auch Österreich beschloss 2009 eine „Verschrottungsprämie“ von Altau-

tos zur Ankurbelung der Neuwagenkäufe. Der Markt ist daher mehr als gesättigt, sagen Experten. Hinzu kommen „Überkapazitäten“: Europa hat zu viele Autofabriken, und die waren vor der Wirtschaftskrise schon zu wenig ausgelastet. Die derzeitige Konjunktur verschärft das alte Problem noch.

## Proteste nehmen zu

Die Autoindustrie ist in vielen Ländern Europas eine tragende Säule der Volkswirtschaft.

Kündigungen können manchmal unter Mithilfe der Gewerkschaften vermieden werden. Zumindest bis 2016 verständigte man sich darauf zu zuletzt etwa im deutschen Opel-Werk in Bochum. Gerade in Deutschland schätzen die Unternehmen das streikarme Betriebsklima. Die Proteste von Betroffenen dürften aber zunehmen – in Belgien wurden schon Autos angezündet. In den kommenden Jahren werden schätzungsweise bis zu 250.000 Jobs in Europas Autoindustrie verlorengehen. Selbst in Österreich sind die Arbeitslosenzahlen in der Branche – auch wegen Insolvenzen – bereits gestiegen. Ob die Länder wieder versuchen werden, darauf mit Subventionen oder Steuersenkungen zu reagieren, bleibt abzuwarten. Die EU-Kommission kündigte bereits 80 Mrd. Euro Unterstützung (für Forschungsprojekte) an sowie Hilfsprogramme bei Werkschließungen.

Heike Hausensteiner

## Finanztransaktionssteuer:

### Etappensieg

Zur Einführung der Finanztransaktionssteuer wurde ein weiterer Schritt unternommen. Der Wirtschaftsausschuss des EU-Parlaments hat dem Parlament empfohlen, der sogenannten „verstärkten Zusammenarbeit“ zuzustimmen. Unter diesem Titel können auch dann Regelungen in der EU eingeführt werden, wenn nicht alle Staaten einwilligen – mindestens aber neun. Für die Finanztransaktionssteuer haben sich inzwischen elf Länder ausgesprochen, unter ihnen auch Österreich. Einerseits soll die Steuer Spekulationen an den Finanzmärkten eindämmen und andererseits für neue Einnahmen sorgen. Die EU-Kommission hat noch keinen eigenen Vorschlag vorgelegt, wird sich aber an den ursprünglich für alle 27 Länder gedachten Plan anlehnen.

**Jobticket für alle**

Die Allianz „Wege aus der Krise“ fordert ein steuerbegünstigtes Jobticket für alle Arbeitnehmerinnen. Das würde die Umwelt entlasten und den öffentlichen Nahverkehr stärken. Von einem steuerbegünstigten Jobticket würden alle Beschäftigten profitieren, unabhängig davon, wie viel sie verdienen oder wie oft sie fahren – deshalb muss das Teil einer Reform der Pendlerpauschale sein.

**MwSt-Absage**

Die im IV-Steuerkonzept vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer kommt für Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB, keinesfalls in Frage: „Maschinensteuerer anzuheben ist das Gegenteil von sozial treffsicher. Dadurch werden Menschen mit niedrigem Einkommen stark getroffen, weil sie gezwungen sind, ihr Einkommen sofort wieder auszugeben. Reiche hingegen sparen einen Großteil ihres Geldes.“



Illustration: Markus Szybonitz

**Kommentar:** Jürgen Michlmayr, Vorsitzender der Österreichischen Gewerkschaftsjugend

# Recht auf gute Zukunft für alle

Europas Jugend steckt in einer schwierigen Lage – hohe Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne sind nur zwei Beispiele dafür.

Ende November hat die EU aktuelle Arbeitslosendaten veröffentlicht. Ein kleiner Ausschnitt: In Österreich sind 8,5 Prozent der unter 25-Jährigen arbeitslos (Oktober-Wert), in Spanien sind es 55,9 Prozent. Wir könnten uns, wenn wir uns Österreich als eine Insel vorstellen, freuen. Zwar sind 8,5 Prozent immer noch zu viele, aber von mehr als der Hälfte aller unter 25-Jährigen ohne Arbeit sind wir meilenweit entfernt. Allerdings – wir befinden uns in Europa. Was junge Menschen in Spanien, Griechenland, Portugal und Italien mitmachen, das betrifft uns alle. Und nicht nur uns Junge.

**Es betrifft uns alle**

In dieser Phase der Krise sind es junge Menschen in ganz Europa, die den höchsten Preis zahlen. Speziell die Lage im südlichen Europa könnte die Spitze des Eisberges sein: Ohne soziale und wirtschaftliche Solidarität könnte sich das, was in diesen Staaten gerade passiert, auf ganz Europa ausweiten. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in

unerträgliche Höhen gestiegen, für Frauen, Migrantinnen und Migranten sowie andere Gruppen, die häufig Diskriminierungen ausgesetzt sind, ist die Lage noch schlimmer.

**Anstieg der „Working Poor“**

Junge Menschen finden nur höchst prekäre Jobs ohne soliden sozialen Schutz: Befristete Verträge sind gang und gäbe und bieten generell nicht den nötigen arbeitsrechtlichen sowie sozialen Schutz. Es gibt einen breiten Missbrauch bei Praktika, die sehr oft unbezahlt sind. Niedrige Löhne und angeblich freiwillige Teilzeitarbeit tragen zu einem Anstieg der Zahl der „Working Poor“ bei. Allzu oft gibt es keine Garantie auf ein menschenwürdiges Einkommen während der Zeit der Arbeitslosigkeit, im Gegenteil, Staaten kürzen auch hier massiv.

**Junge wandern aus**

Solche Bedingungen machen es jungen Menschen unmöglich, sich persönlich und finanziell von ihren Eltern zu lösen,

um ihre eigenen Familien zu gründen – und das führt zu einem wachsenden Migrationstrend: Junge Menschen verlassen südeuropäische Länder, um anderswo gute Jobs zu finden. Das verursacht ein Abwandern von hochqualifizierten Fachkräften – jenes Potenzial, auf dem die Staaten ihr Wachstum eigentlich aufbauen sollten.

**Neue Phänomene tauchen auf**

Diese Situation ist nicht nur das Ergebnis der Wirtschaftskrise, sondern auch der Sparpolitik, die nationale Regierungen betreiben. Wenn man sich aber ausschließlich auf den Schuldenabbau konzentriert und nicht auf Investitionen in die nachhaltige Entwicklung unserer Wirtschaft, dann werden soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheiten, ganz besonders für junge Menschen, zunehmen. Die Sparpolitik ist auch demokratiepolitisch gefährlich, denn während sich die Lage verschlechtert und die Arbeitslosigkeit immer weiter steigt, tauchen Phänomene

wie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt wieder auf.

**Verursacher sollen zahlen**

Es ist unfair und inakzeptabel, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Krise bezahlen, während diejenigen, die sie zu verantworten haben, nicht nur nichts dagegen unternehmen, sondern sogar weiterhin davon profitieren – die Gewinne im Finanzsektor beweisen das. Dazu gibt es viele Alternativen: Finanztransaktionssteuer, Investitionen in Forschung und Entwicklung, Verfolgung von Steuerbetrug und Korruption, Kampf gegen prekäre Beschäftigung und Umsetzung einer Jugend-Beschäftigungsgarantie sind nur einige Maßnahmen von vielen, die eine Wende bringen können.

**Gute Zukunft für alle Jungen**

Die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) steht voll hinter der nötigen Wende in Europa. Wenn die europäische Politik die Jugendlichen unter anderem in Spanien, Italien,



Jürgen Michlmayr,  
Vorsitzender der ÖGJ

Griechenland im Regen stehen lässt und ihnen die Gegenwart und die Zukunft raubt, dann sind bald auch junge Menschen in Österreich davon voll betroffen. Die ÖGJ will eine gute Zukunft und ein schönes Leben für alle jungen Menschen in einem gemeinsamen Europa.